

## Fluglärmgegner wittern Erfolg

è FLUGPLATZ MÖNCHENGLADBACH Minister Wittke: Keine Basis für Ausbau / Kurzfristige Entscheidung zugunsten der Bürgerinitiativen?

VON FRANK KIRSCHSTEIN

RHEIN-KREIS NEUSS Eine Entscheidung mit Brief und Siegel gibt es nicht – und dennoch: Die Gegner eines Ausbaus des Flugplatzes Mönchengladbach ließen gestern Abend die Korke knallen. Aussagen von NRW-Verkehrsminister Oliver Wittke während einer Landtagsdebatte am Nachmittag und anschließend in einem Rundfunkinterview waren aus ihrer Sicht nicht anders, als eine klare Absage an eine längere Start- und Landebahn in Mönchengladbach zu verstehen.

Am Abend drangen dann in Kreisen der Flughafengegner Informationen durch, nach denen sich der Minister und Regierungspräsident Jürgen Büssow über den Stand und die Zukunft des Planfeststellungsverfahrens ausgetauscht haben sollen. Das Ergebnis aus Sicht der Bürgerinitiativen: Es gibt keine längere und damit auch für großes Fluggerät taugliche Bahn am Standort „MGL“. Ursprünglich sei offen-

bar bereits für Montag ein Gespräch über die Zukunft des Verkehrslandeplatzes angesetzt gewesen, an dem auch Düsseldorfs Oberbürgermeister Joachim Erwin hätte teilnehmen sollen. Der Termin sei dann aber wegen Erkrankung Erwins abgesagt worden.

Auf Anfrage der NGZ bestätigt Mirjam Grotjahn, Pressereferentin im Verkehrsministerium, dass Wittke deutlich gemacht habe, dass der Ausbau von „MGL“, wie er Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens sei, nicht ins Luftverkehrskonzept des Landes passe. Außerdem habe der Regionalrat bekanntlich die für eine Verlängerung der Landebahn erforderliche Änderung des Gebietsentwicklungsplans abgelehnt. Wittke sieht damit – und auch vor dem Hintergrund der jüngsten Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster, mit der dem Flughafen Düsseldorf mehr Starts und Landungen zugebilligt werden – keine Basis mehr für den Ausbau des Flug-

platzes Mönchengladbach. Anlass für die Äußerungen des Ministers am Mittwoch war eine Debatte im Landtag: Dort hatten Bündnis 90/Die Grünen beantragt, die Zahl der Flughäfen in NRW drastisch zu verringern. Der Grund: zu viele Airports seien unwirtschaftlich.

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Horst Becker MdL, sprach von „massiver Verschwendung“ öffentlicher Mittel und einem „desaströsen Subventionswettlauf“. Besonders die kleinen Flugplätze Essen/Mülheim und Mönchengladbach, so die Grünen, steckten tief in den roten Zahlen. Allein „MGL“ stehe für fünf Millionen Euro „Miese“ jedes Jahr.

Wittke erklärte daraufhin, dass die Landesregierung an allen Flughafen-Standorten in NRW festhalte – bis auf eine Ausnahme: dem (ausgebauten) Flugplatz Mönchengladbach. Nicht nur dort, so Minister Wittke, sei zudem nicht mehr mit Landesmitteln zu rechnen: „Wir werden an

keiner Stelle den Ausbau eines Flughafens mit Steuergeldern unterstützen.“

Bei Fluglärmgegnern machte am Mittwoch bei einem spontanen Treffen die Nachricht von einer kurzfristigen ablehnenden Entscheidung der Bezirksregierung im Planfeststellungsverfahren die Runde.

Bernhard Hamacher, Sprecher der Bezirksregierung, wollte dies jedoch am Abend nicht bestätigen: „Die Bezirksregierung ist eine neutrale Planungsbehörde und prüft im Planfeststellungsverfahren nach den gesetzlich vorgegebenen Bedingungen.“ Zu beenden sei das Verfahren, bei dem es um eine Verlängerung der Start- und Landebahn in Mönchengladbach von 1200 auf rund 2400 Meter geht, nur durch eine Entscheidung der Bezirksregierung oder die Rücknahme des entsprechenden Antrages durch den Flughafen. „Beides ist – Stand heute – nicht der Fall“, so Hamacher. Allerdings sei nicht auszuschließen, dass eine

Entscheidung mit Blick auf die Sommerpause nicht mehr allzu lange auf sich warten lasse. Politische Einschätzungen und Aussagen des Verkehrsministers hätten auf das Verfahren keinen Einfluss: „Es sei denn, er kann die Antragsteller beeinflussen, den Antrag auf Planfeststellung zurückzuziehen.“

Ob Rückzug oder Ablehnung – die Gegner des Flughafenausbaus geben sich siegessicher. „Wir sind jetzt sehr, sehr zuversichtlich“, sagt Martin Rothe, Bürgerinitiative „Airpeace“. Auch Herbert Gorecki, Vorsitzender der Neuss-Grefrather Bürger gegen Fluglärm, spricht von einem „Traum“.

Ohne längere Start- und Landebahn bliebe es beim Geschäfts-, Schul- und Sportflugbetrieb. Zöge sich zudem der von „MGL“ ohnehin nicht überzeugte Miteigentümer, der Baukonzern Hochtief, zurück, wäre die Zukunft des Verkehrslandeplatzes gänzlich ungewiss.